

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 2 90 38/39
Telex: 8 85 845 ppbn d

Inhalt

Doris Odendahl MdB fordert eine Politik zur Vereinbarung von Familie und Beruf: Mädchen und jungen Frauen die Chancengleichheit sichern.
Seite 1

Thomas Mirow analysiert in einer Nachbetrachtung das Hamburger Wahlergebnis: Ursachen und Konsequenzen.
Seite 4

41. Jahrgang / 230

2. Dezember 1986

Den Mädchen und jungen Frauen Chancengleichheit sichern

Für eine Politik zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Von Doris Odendahl MdB

Eine neue Jubelbotschaft aus Regierungsmund liegt auf 42 Seiten gedruckt vor (Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU/FDP-Koalition zur „Situation der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland“). Sie lautet: Frauen, ob jung oder alt, noch nie ging es Euch so gut wie unter der Regierung Kohl!

Der Jubel ist das Papier nicht wert und wie immer bleibt es uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vorbehalten, den Finger in die Wunde zu legen und die Interessen der „Restgrößen“, der nicht mit Ausbildungs- und Arbeitsplätzen versorgten, nicht über eine ausreichende Sicherung des Lebensunterhalts verfügenden Frauen zu vertreten. Das ist nicht Miesmacherei oder Kaputtreden einer angeblich blühenden Wohlstandsgesellschaft, wie es uns die Wendeparteien vorwerfen, sondern entspricht unseren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit. Wir wollen, daß niemand ausgegrenzt wird und vor der Tür bleibt. Anders die Bundesregierung.

Zum wiederholten Male bestätigt sie, daß Mädchen in der schulischen Bildung enorm aufgeholt haben: Mehr Mädchen als Jungen erwerben den Realschulabschluß (54,7 Prozent), die Hälfte aller Abiturienten ist weiblich (50,3 Prozent). Letztlich belegen diese Zahlen den Erfolg sozialdemokratischer Bildungspolitik, die mit finanziellen Förderleistungen verbunden war, die nach der Wende 1982 drastisch beschnitten wurden. Stichwort: BAFÖG-Kahlschlag! Die Förderzahlen für Mädchen sanken seit 1982 von 401.916 auf 88.574 im Jahr 1984 radikal. Dafür häufen sich Beschwerden vor allem von Eltern, die nicht über ein üppiges Einkommen verfügen und die für ihre bei ihnen lebenden Kinder kein BAFÖG für die Dauer des Besuchs von weiterführenden all-gemeinbildenden Schulen erhalten.

Zunehmend klagen junge Menschen über ihr schlechtes Gewissen, weil sie ihren Eltern bis zum Abitur und teils noch länger auf der Tasche liegen müssen. Die kontinuierlich sinkende Studienneigung gerade der jungen Frauen seit 1983 um jährlich circa 3.000 Studienberechtigte gibt deutliche Hinweise darauf, daß durch

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Komplett-Druck
mit korrektem Rohstoff
Recycling-Papier



fehlende staatliche finanzielle Hilfen wiederum die jungen Frauen zuerst auf die bestmögliche Qualifikation verzichten und lieber Verdienstmöglichkeiten suchen. Auch diese, die Chancengleichheit vertiefende Folgen ihrer unsozialen Kürzungspolitik sieht die Bundesregierung positiv als realistische Anpassung an den Arbeitsmarkt.

Mit keiner Silbe erwähnt die Bundesregierung, daß auch im letzten Jahr der Kohl-Regierung zwei Drittel aller unversorgten Ausbildungsplatzbewerber Mädchen sind: Etwa 30.000 Mädchen suchen derzeit noch einen Einstieg ins Berufsleben. Außer einer Bekräftigung ihrer Appelle an die ausbildende Wirtschaft, fällt der Bundesregierung als Notlösung nur die alljährliche Aufstockung des Benachteiligtenprogramms ein. Ziel dieses unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung eingeführten Programms ist jedoch nicht die Ersatzbeschaffung von Ausbildungsplätzen für schulisch gut qualifizierte Mädchen; es soll vielmehr den wirklich sozial benachteiligten jungen Menschen Ausbildungschancen schaffen, die sie am „freien Markt“ nie bekommen hätten. Mit diesen zusätzlichen Mitteln sollten angesichts des sich verschärfenden Verdrängungswettbewerbs am Ausbildungsmarkt vorrangig mehr über- und außerbetriebliche Ausbildungseinrichtungen für diese ursprüngliche Zielgruppe zur Verfügung gestellt werden. Sie brauchen nach wie vor unsere Solidarität.

Die Bundesregierung muß endlich das Übel an der Wurzel packen und Ausbildungsbetriebe stärker denn je in die Pflicht nehmen, daß Mädchen bevorzugt vor allem für untypische und zukunftsorientierte Berufe ausgebildet werden und sie nach absolvierter Ausbildung entsprechend ihrer Qualifikation einzustellen, zu bezahlen und zu beschäftigen. Hier könnte der öffentliche Dienst mit gutem Beispiel vorangehen. In der Bundesverwaltung, in bundeseigenen Unternehmen und in Unternehmen mit Bundesbeteiligung liegt der Mädchenanteil in gewerblich-technischen Ausbildungsberufen lediglich zwischen vier und 7,7 Prozent. Obwohl die Bundesregierung den Erfolg der Modellversuche ständig für sich reklamiert, setzt sie die positiven Erfahrungen mit der Ausbildung von Mädchen in gewerblich-technischen Berufen nicht einmal im eigenen Verantwortungsbereich um. Statt dessen schiebt sie die Schuld für die Ausbildungsprobleme anderen in die Schuhe: Den Mädchen selbst, weil sie hauptsächlich nur traditionelle Frauenberufe wählen, den Eltern, der Schule und der Berufsberatung, weil sie deren verengtes Berufsspektrum nicht erweitern; den Betrieben, weil sie an ihren Vorurteilen festhalten und so weiter.

Dabei ist die Konzentration der Mädchen auf Frauenberufe ein durchaus vernünftiges Verhalten, solange sie in diesen Bereichen eher einen Ausbildungsplatz finden und danach auch leichter in den erlernten Beruf einsteigen können. Es ist unzumutbar für die in untypischen Berufen ausgebildeten jungen Frauen, daß sie nach absolvierter Ausbildung viermal so häufig arbeitslos sind wie ihre männlichen Kollegen. Bleibt dies so, dann zerplatzen alle noch so gutgemeinten Modellversuche, berufliche Umorientierungsinitiativen an der Wirklichkeit des Arbeitsmarktes wie eine Seifenblase! Wir fordern von der Bundesregierung ein Sonderausbildungsprogramm für Mädchen. Vorbildlich könnte sie im eigenen Verantwortungsbereich zusätzliche Ausbildungskapazitäten schaffen und die Absolventinnen bevorzugt im erlernten Beruf einstellen. Sonst bleiben auch alle guten Vorsätze der Bundesregierung, mehr Frauen für berufliche Weiterbildungsmaßnahmen zu gewinnen, nichts als Leerformeln.



Die Bereitschaft zur beruflichen Weiterbildung setzt voraus, daß zunächst alle ausbildungswilligen jungen Frauen die Chance erhalten, einen Beruf zu erlernen und diesen anschließend auch kontinuierlich ausüben können. Dazu müssen konservative, geschlechtsspezifische Aufgabenzuweisungen wie: Frauen für Haushalt und Familie; Männer für den Beruf, endgültig überwunden werden. Wir wissen, daß sich die beruflichen Vorstellungen bei sehr vielen jungen Frauen im Verlaufe ihrer Ausbildung wandeln. Entwickeln und verstärken sich im zweiten Ausbildungsjahr die Ansprüche auf umfassende Qualifizierung in innerbetrieblichen Aufstieg, so stehen zum Ende der Ausbildung und mit zunehmendem Lebensalter die Aspekte der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vordergrund. Zu diesem Zeitpunkt sind junge Frauen dann bereit, ihre Karriere- und Weiterbildungspläne zurückzustellen.

Daraus folgt: Wir müssen die jungen Frauen ausbildungsbegleitend in ihrer Berufsorientierung bestärken, in dem wir die gesetzlichen Voraussetzungen sowie ein gesellschaftliches Klima für eine kontinuierliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für eine Gleichverteilung von beruflichen, familiären und gesellschaftlichen Pflichten und Verantwortungen auf Frau und Mann schaffen. Frauen und Männer, Mütter und Väter sollen nicht wählen müssen zwischen Familie und Beruf; sie sollen beides miteinander vereinbaren können.

Bereits im Kindergarten oder spätestens in der Schule können die Weichen zugunsten eines partnerschaftlichen Lebens gestellt werden. Erst mit dem drastischen Abbau traditioneller geschlechtsspezifischer Rollenbilder in Lehr- und Lernmaterialien, im Unterricht, in den Medien, mit einem verstärkten Kontakt der Schüler und Schülerinnen zur Arbeitswelt, mit verbindlichen Betriebspraktika sowohl in Dienstleistungs- als auch in handwerklich/technischen Berufen kann bei Mädchen eine stabile Berufsorientierung entstehen.

Nur eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird ihre 1982 unterbrochene Politik zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Bildung, Ausbildung, im Erwerbsleben sowie im gesellschaftlichen Leben fortsetzen. Unser Ziel ist es, die überkommene gesellschaftliche Arbeitsleistung, die Frauen die Kindererziehung und Hausarbeit, den Männern die Erwerbsarbeit zuweist, zu überwinden und damit eine der wesentlichen Ursachen für die vielfältige Benachteiligung von Frauen zu beseitigen.

(-/2.12.1986/vo-he/rs)

* * *



Die Wahlen in Hamburg

Eine Nachbetrachtung über Ursachen und Konsequenzen

Von Thomas Mirow

Leiter der Staatlichen Pressestelle der Freien und Hansestadt Hamburg

Der Verlust von fast zehn Prozentpunkten, ein Absacken der regierenden SPD von 51,3 Prozent auf 41,7 Prozent rechtfertigt gewiß den gängigen Ausdruck vom „politischen Erdbeben“. Die politische Landschaft in Hamburg hat sich gründlich verändert, und die Folgen waren bundesweit spürbar.

Aber der Begriff „Erdbeben“ könnte auch leicht verschütten, was hinter dem Ergebnis steht. Meine These lautet: das Hamburger Wahlergebnis vom 9. November ist nicht allein auf eine ungewöhnlich ungünstige politische Augenblicks-Konstellation zurückzuführen - dahinter stecken auch sehr langfristige strukturelle Entwicklungen.

Sicher: Viel kam zusammen, das nicht von Dauer sein muß. Die tiefe Verärgerung über die Vorgänge um die Neue Heimat. Die in allen Umfragen sichtbar gewordene bundesweite Vertrauenseinbuße für die SPD im Oktober/November. Und nicht zuletzt eine Reihe von „hausgemachten“ Hamburger Problemen, bei denen die besonderen stadtstaatlichen Führungsstrukturen und die sich daraus ergebenden Belastungen eine erhebliche Rolle spielen.

Aber ein Blick auf andere, vergleichbare deutsche Großstädte zeigt, daß die Ursachen weiter reichen. Ja manches spricht dafür, daß die Wahlen vom Juni 1982 und vom November 1986 eher „normal“ verliefen und die Wahlen vom Dezember 1982 einen Sonderfall darstellen. Besondere, nicht ohne weiteres wiederholbare Faktoren sorgten damals für eine ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung (84,0 Prozent) und einen starken Solidarisierungseffekt mit der SPD: die konkreten Erfahrungen der Unregierbarkeit, die Glaubwürdigkeit der SPD nach den ehrlich geführten und dann so offenkundig an der mangelnden Politikfähigkeit der GAL gescheiterten Gespräche und die Verbundenheit der Hamburger mit „ihrem“ Bundeskanzler Helmut Schmidt, der kurz zuvor gestürzt worden war.

Die Ergebnisse der letzten Wahlen in den Städten, die aufgrund ihrer Größe und der Entwicklung ihrer Sozialstruktur mit Hamburg vergleichbar sind, sprechen da eine deutliche Sprache:

	CDU /CSU)	SPD	Grüne/Alt.
Kommunalwahl 1985 in Frankfurt:	49,6 %	38,6 %	8,0 %
Kommunalwahl 1984 in München:	42,4 %	41,9 %	7,9 %
Landtagswahlen 1983 in Frankfurt:	39,9 %	42,6 %	9,3 %
Landtagswahlen 1986 in München:	43,4 %	32,2 %	13,3 %
Wahlen zum Abgeordneten- haus 1985 in Berlin:	46,4 %	32,4 %	10,6 %
Wahlen zur Bürgerschaft 1986 in Hamburg:	41,9 %	41,7 %	10,4 %



Fest steht: In den Großstädten und Dienstleistungszentren unserer Republik hat die Zahl der „SPD-Stammwähler“ in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen (Martin Wentz hat sie in seinem interessanten Beitrag in der „FR“ für Frankfurt kürzlich auf nur noch 25 Prozent geschätzt - mit weiter sinkender Tendenz). Gleichzeitig ist in den Großstädten mit Händen zu greifen, was die vorzügliche Studie „für die Mehrheitsfähigkeit der SPD“ vom Sommer 1984 gezeigt hat: „den“ SPD-Wähler gibt es nicht mehr; die Interessen und Ansprüche derer, die von der SPD angesprochen werden müssen, will sie mehrheitsfähig sein, liegen weit auseinander.

Im Hamburger Wahlkampf bekam die SPD dies bitter zu spüren. Kritisierten auch viele SPD-Wähler die Politik der inneren Sicherheit des Senats, weil die Kriminalität in der Stadt weiter deutlich angewachsen ist (wenn auch nicht stärker als in anderen Großstädten), so machten andere der SPD nahestehende Bürger das Versagen auf diesem Feld am „Hamburger Kessel“, also an einem als polizeistaatlich empfundenen Umgang mit Demonstranten fest. Sahen viele in dem mit Sorgfalt ausgearbeiteten Konzept eines schrittweisen Ausstiegs aus der Kernenergie eine Gefährdung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Hamburgs und damit auch von Arbeitsplätzen, wurde dies von anderen als in der Sache unzureichend oder sogar als schlicht unglaubwürdig abgetan. Oder auch: Was vielen früher als durchaus sinnvolle Gegenmacht von Sozialdemokraten und Gewerkschaften erschien, ist heute den meisten nur noch „Fitz“.

Und wenn auch die SPD bei den jungen Wählern noch immer vorne lag: Der Vorsprung ist nur noch knapp. Viele wenden sich der GAL zu, oft ohne genaue Kenntnis von Personen und Programm, weil sie dort und nur dort die Kraft sehen, die ihre umfassende Zivilisationskritik politisch aufnimmt und eine grundsätzliche Umkehr betreibt. Nicht wenige andere finden den Weg zur CDU, weil sie in ihr die „modernere“, für Leistung und Erfolg stehende Partei erblicken.

Die SPD geriet in eine polarisierte Diskussion, der die Partei im ganzen nicht gewachsen war. Dabei rächte sich ein weiteres Mal, daß es für eine Position der linken Mitte - bis in die öffentlich-rechtlichen Medien hinein - kaum noch publizistische Unterstützung gibt. Strukturelle Entwicklungen und die sträflichen Versäumnisse der SPD in der Medienpolitik - bis zum heutigen Tag - führen hier zu einer schwerwiegenden Belastung.

Aus all dem folgt: Niemand sollte glauben, rasche Neuwahlen würden in Hamburg - wie 1982 - automatisch wieder zu einer sicheren Mehrheit führen. Die SPD wird neue Zustimmung in der Stadt nur gewinnen, wenn sie glaubwürdig nachweisen kann, daß die anderen Parteien zur sachlichen Zusammenarbeit und zur Wahrnehmung von Verantwortung nicht willens oder fähig sind.

Die SPD wird sich dafür stärker als bisher mit der CDU und der GAL inhaltlich auseinandersetzen müssen, was voraussetzt, daß sie von den tief eingeschiffenen, unproduktiven Selbstbespiegelungen in unendlich vielen, langen Gremiensitzungen abläßt. Die SPD muß den Bürgern in Hamburg ein konkretes inhaltliches Angebot machen, von dem diese den Eindruck haben, es bringt die Stadt voran und entspricht ihren Interessen. Die SPD muß also die Kraft aufbringen, ihre Kompetenz in der Sache darzulegen. Kompetenz und Glaubwürdigkeit sind die wichtigsten Faktoren, wo es darauf ankommt, jeweils neue Zustimmung zu gewinnen, weil alte Bindungen nicht mehr im selben Maße vorhanden sind.



Dazu gehören auch die richtigen Personen. Also solche, die über die eigene „Stammwählerschicht“ weit hinausreichen und tief in ein vielfach aufgefächertes bürgerliches Lager hineinwirken.

Hier hat die Hamburger SPD mit Klaus von Dohnanyi nach wie vor eine besondere Chance. Bei einer Direktwahl hätten laut Infas 55 Prozent der Wählerinnen und Wähler für ihn gestimmt und nur 27 Prozent für den CDU-Gegenkandidaten Perschau. Im Arbeiterbereich lautete das Zahlenverhältnis 64 Prozent zu 15 Prozent. Bei den gewerkschaftlich organisierten Angestellten und Beamten 64 Prozent zu 21 Prozent. Aber eben auch bei der „Neuen Mitte“ 61 Prozent zu 23 Prozent. Dies widerlegt im übrigen die gelegentlich geäußerte These, Dohnanyi habe zwar zusätzliche Sympathien an der Elbchaussee gewonnen, darüber aber den „kleinen Mann“ in den Großsiedlungen verloren.

Das Gegenteil ist richtig. In der letzten Umfrage vor der Wahl erhielt er im Arbeiterbereich einen Wert von 2,5 auf der Sympathieskala, also ungewöhnlich viel. Und man sollte nicht vergessen, welche Erfahrungen 1978 in München mit einem Spitzenkandidaten gemacht wurden, dessen Anziehungskraft in der Gesamtbevölkerung begrenzt war.

Die SPD hat also in Hamburg - wie in anderen Städten - durchaus die Chance zu neuer Meinungsführerschaft und zu neuer Mehrheitsfähigkeit. Es gibt keine Strukturentwicklungen, die zwangsläufig zum Nachteil der Sozialdemokraten ausschlagen. Aber gefragt sind neue inhaltliche und nicht zuletzt neue organisatorische Anstrengungen. Und Voraussetzung ist auch, daß nach schwierigen Wahlergebnissen nicht die rituellen Debatten geführt werden, ob „rechte“ oder „linke“ Fehler den Ausschlag gegeben haben.

Die SPD muß statt dessen - gerade in den Großstädten - wieder stärker zum Ansprechpartner der verschiedenen Schichten werden, in ganz anderem Maße präsent sein, da wo Menschen zusammenkommen, um über ihre Anliegen zu diskutieren. Das gilt für dauerhaft Arbeitslose wie für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, für die Handwerker wie für die sogenannte technische Intelligenz oder auch für Unternehmer, die ihre soziale Verantwortung ernst nehmen. Wahlkampfveranstaltungen oder auch Mitgliederversammlungen sind dafür kein Ersatz: Sie erreichen viele Menschen nicht mehr.

Ohne eine solche konzentrierte Anstrengung werden ungünstige Entwicklungen der politischen Konjunktur, wie wir sie in diesem Herbst erlebt haben, immer wieder so verheerende Folgen haben wie jetzt in Hamburg.

(-/2.12.1986/vo-he/rs)

* * *

